



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 26144

Fax : (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 16.07.2019

**Auszug
aus der Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für
Anregungen und Beschwerden vom 02.07.2019**

öffentlich

**3.2 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Preise der KVB senken" (Az.
B09/19)
1552/2019**

Die beiden Petentinnen, Schülerinnen der 10. Klasse des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, stellen ihre Eingabe vor. Sie weisen auf die große Chance der KVB hin, weil sie Gesellschafts- und Umweltaspekte beinhalte, die aber zu wenig genutzt werde. Sie berichten, dass bei der Abwägung einer Auto- oder KVB-Fahrt mit der Familie die Fahrt mit dem Auto preiswerter sei. Daher sprechen sie sich für günstigere Einzeltickets aus. Lediglich attraktive Abos wären nicht ausreichend. Sie geben zu bedenken, dass eine Reduzierung des PKW-Verkehrs nicht nur den CO₂-Ausstoß verringere, sondern dadurch auch das Radfahren in Köln attraktiver werde.

Herr Höhn, KVB-AG, weist auf das Konzept KölnMobil 2025 hin, welches gemeinsam mit der Stadt Köln erstellt wurde und nun schrittweise umgesetzt werde. Derzeit spreche man über drei konkrete Maßnahmen, die Ost-West-Achse, die Anbindung von Rondorf und Meschenich sowie von Mülheim-Süd. Er macht deutlich, dass die Kapazitätsgrenze der KVB erreicht sei, daher müsse der Ausbau der KVB-Linien vor preislichen Maßnahmen stehen. Es gebe ein differenziertes System mit speziellen Tickettarifen und Angeboten, die den Kölner quasi durch das ganze Leben begleiten. Der Gelegenheitskunde müsse eine hohe Hürde nehmen, weil der Einzelpreis gegenüber dem PKW nicht so attraktiv und bequem sei. Allerdings sei es keine Alternative, die schon an der Kapazitätsgrenze fahrenden Bahnen und Busse durch Gelegenheitskunden auch für Inhaber von Abos durch überfüllte Bahnen noch unattraktiver zu machen. Er wirbt daher dafür, die Dinge in der richtigen Reihenfolge anzugehen und den ÖPNV-Ausbau preislichen Maßnahmen voranzustellen. Er möchte Transparenz für die Finanzsituation im öffentlichen Nahverkehr schaffen und führt aus, dass ein wesentlicher Teil des ÖPNV aus öffentlicher Hand finanziert werde. Je größer dieser Anteil werde, je schwieriger werde der Ausbau der Strecken. Daher müsse man sehr genau beachten, an welchen Stellschrauben bei einer Weiterent-

wicklung des Systems gedreht werde. Er dankt den Schülerinnen dafür, dass sie mit ihrem Vorschlag für den Umweltverbund werben.

Herr Schauenberg, Kämmerei-Beteiligungsverwaltung, bedankt sich bei den Petentinnen für das sehr aktuelle und gute Thema. Er gibt zu bedenken, dass auch eine generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik notwendig sei und diese im Spannungsfeld mit der Umweltpolitik zu sehen sei. Derzeit sei die Haushaltslage der Stadt Köln nach wie vor angespannt.

Herr Schneider, SPD, freut sich, dass erneut junge Menschen im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eine Bürgereingabe eingereicht haben und bedankt sich bei den Schülerinnen. Er spricht sich bei globaler Betrachtung dafür aus, dass der ÖPNV perspektivisch in Richtung Kostenfreiheit bewegt werden müsse. Das könnten aber die Kommunen nicht alleine leisten, sondern nur mit Unterstützung von Bund und Ländern. Kontraproduktiv finde er eine Reduzierung des Preises für das Einzelticket, weil nur ein dauerhaftes Umsteigen auf den ÖPNV eine Wende bringen könne.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, bedankt sich bei den Petentinnen und schließt sich der SPD an. Sie regt an, für dieses äußerst komplexe Thema eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen und in einem größeren Rahmen mit den Fachleuten zu diskutieren, wie Zeitpläne und Ticketpreisgestaltungen aussehen oder wie die Verkehrsverbünde neu gestaltet werden können und ob es andere Ideen gebe mit dem Ziel eines konkreten Arbeitsauftrags an Politik und Verwaltung.

Frau Stahlhofen, Die Linke, bedankt sich bei den Petentinnen. Die Ausführungen der KVB haben sie nicht zufrieden gestellt, weil man aus der Presse entnehmen konnte, dass der VRS in der neuesten Statistik einen der hinteren Plätze belegt habe. Dies sei ein Warnschuss. Die Petentinnen wünschten, dass man sich dafür einsetzen möge, das erwarte sie auch. Sie erklärt, dass genügend Bahnen im Depot seien, aber zu wenig Personal. Hier müsse die Verwaltung dafür sorgen, dass die KVB personell besser ausgestattet werde. Die Ausfinanzierung erfolge über die Stadtwerke, diese müsse differenzierter dargestellt werden.

Herr Fischer, Grüne, weist auf einen Artikel im KStA hin, wonach es derzeit Einnahmen von 680 Mio € durch den Ticketverkauf gebe. Man gehe davon aus, dass ein kostenloser ÖPNV zu einer Steigerung von 30 % führen würde, sodass 800 Mio. € finanziert und zusätzlich die entsprechenden Kapazitäten ausgebaut werden müssen. Es müsse in der Politik darüber diskutiert werden, wie viel steuerfinanziert und wie viel ticketfinanziert werden soll. Daher spricht er sich für eine Diskussion in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aus.

Frau Domke, FDP, bedankt sich bei den Petentinnen. Sie erklärt, dass sich eine attraktive KVB durch gute und schnelle Verbindungen und einen sicheren Takt präsentiere. Die Problematik gehe weit über den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hinaus, sie glaubt, dass mit diesem Thema bei Verwaltung und KVB sorgsam umgegangen werde.

Herr Pohl, CDU, bedankt sich ebenfalls bei den Petentinnen. Man sehe an den Ausführungen, dass es sich um ein hochkomplexes Thema handle, welches schwierig sofort zu lösen sei. Eine sofortige Preissenkung bewirke eine Erhöhung des Zuschusses an die KVB und eine Verringerung der Investitionen in die Strecken. Er

spricht sich ebenfalls für eine öffentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Verwaltung und der KVB aus.

Herr Thelen weist darauf hin, dass im Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung ausdrücklich gesagt wurde, dass die Ausschüsse Themen dorthin verweisen können. Im Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung gebe es eine wissenschaftliche Begleitung und die Unterstützung durch die Freiwilligenagentur.

Frau Stahlhofen, Linke, bittet in den Beschluss einen Zeitpunkt aufzunehmen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, macht folgenden Ergänzungsvorschlag: „Das äußerst komplexe Thema, das weit über die Kompetenzen und Möglichkeiten der KVB hinausgeht, sollte in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger im laufenden Pilotversuch Öffentlichkeitsbeteiligung münden. Hierzu müssen alle Beteiligten (Bund, Land, Stadt Köln, Verkehrsverbände) zusammentreffen, die Bürger und Bürgerinnen vor Ort umfassend informieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten, die in einen konkreten Arbeitsauftrag an Politik und Verwaltung münden. „

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss dankt den Petenten für ihre Eingabe und erkennt auch grundsätzlich deren Wunsch nach niedrigeren Ticketpreisen bei der KVB und insbesondere die damit angestrebten übergeordneten Ziele an.

Vor dem Hintergrund des bereits jetzt hohen jährlichen Defizits der KVB sowie der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln sieht sich der Ausschuss jedoch derzeit nicht in der Lage, eine Preissenkung bei der KVB anzustoßen.

Das äußerst komplexe Thema, das weit über die Kompetenzen und Möglichkeiten der KVB hinausgeht, sollte in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger im laufenden Pilotversuch Öffentlichkeitsbeteiligung münden. Hierzu müssen alle Beteiligten (Bund, Land, Stadt Köln, Verkehrsverbände) zusammentreffen, die Bürger und Bürgerinnen vor Ort umfassend informieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten, die in einen konkreten Arbeitsauftrag an Politik und Verwaltung münden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

